

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
10. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 20.11.2012 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:30

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
AM Karl-Ernst Dörfler
AM Vincent Endereß
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind

Vertretung für AM Victoria Elsner
Vertretung für Stv. Meike Lukat

SPD-Fraktion

Stv. Marion Klaus
AM Simone Kunkel-Grätz
Stv. Michael Schneider

Vertretung für Stv. Juliane Eichler

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe
Stv. Ingrid Schüffner

Vertretung für Stv. Patrick Sobbe

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Silvia Ramsel, bis TOP
3

UWG-Fraktion

AM Elisabeth Cordts

Die Linke

AM Peter Schniewind

bis TOP 2.2

Schriftführer

Herr Christoph Tober

Vertretung für VA Elena Kohlhaas

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Friedhelm Reisewitz
Herr Karlo Sattler

Vertreter für Herrn Frieder Angern

1. Beigeordnete/r

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Verwaltung

StOVR Udo Thal

GSB Marion Plaehn

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:00 Uhr die 10. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Bericht des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan

Protokoll:

Die Vertreter des Seniorenbeirats danken dem Sozialausschuss zunächst für die Beteiligungsmöglichkeit.

In einleitenden Worte resümieren die Vertreter die ersten drei Jahre ihrer Tätigkeit und die damit einhergegangenen Startschwierigkeiten. Diese seien nun aber größtenteils überwunden, der Beirat gut vernetzt und die Projekte würden inzwischen mit wohlwollender Akzeptanz wahrgenommen. Gleichwohl fordern die Vertreter mehr Unterstützung durch die Verwaltung und betonen, davon ausgenommen seien die 1. Beigeordnete sowie Amt 51, die dem Beirat in seinen Projekten stets beigestanden hätten. Auch der Bürgermeister habe seine anfängliche Skepsis dem Beirat gegenüber mittlerweile abgelegt.

Anschließend berichten die Vertreter über geplante Strukturverbesserungen (Sprechstunde, Kommunikationswege) und stellen die für die Zukunft vorgesehenen Arbeitsschwerpunkte generationenfreundliches Einkaufen, Barrierefreiheit, Sitz- und Ruhemöglichkeiten (Prototyp einer seniorenrechtlichen Bank geplant in der Friedrichstraße), öffentliche / altersgerechte Toilettenanlagen (verschiedene Varianten werden geprüft) und Nachbarschaftshilfe (in Kooperation mit dem SKFM) vor. Abschließend verteilen die Vertreter des Beirats die neuen Seniorenbroschüren und stellen diese vor.

Der Vorsitzende dankt dem Seniorenbeirat für die überzeugende Arbeit und regt an, dem Beirat auch in allen anderen Ausschüssen Rederecht zu verschaffen.

Die CDU-Fraktion drückt ebenfalls ihre Anerkennung für die gute Leistung des Beirats aus und erhoffe sich, auch wenn einige Entscheidungsprozesse langwierig seien, weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit.

Beschluss:

Der Bericht des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2./ Übergangsheime für Wohnungslose und Flüchtlinge

2.1. Aktueller Sachstand Übergangsheime

/ Vorlage: 51/097/2012

Protokoll:

Die Verwaltung führt aus, dass aufgrund der Fallzahlentwicklung in der Vergangenheit sowie insbesondere aufgrund der aktuell zu erwartenden "Flüchtlingswelle" akuter Handlungsbedarf bzgl. neuer Unterbringungsmöglichkeiten bestehe. Als Notmaßnahme für die zeitnahe und befristete Unterbringung des zu erwartenden Flüchtlingsaufkommens seien nur städtische Gebäude realisierbar, von denen aufgrund der ihn umgebenden Freiflächen und der Stadtrandlage verwaltungsseitig gegenüber der Dieker Straße (ehemaliges Musikschulgebäude) der Standort "Bachstraße" präferiert werde. Eine Kostenermittlung bzw. Konkretisierung der Möglichkeiten für die Haushaltsplanberatungen betr. reguläre Unterbringung von Flüchtlingen würde derzeit außerdem für die Standorte Ellscheid sowie untere Landstraße durchgeführt, die dann die vorübergehend in der Bachstraße untergebrachten Flüchtlingen voraussichtlich in 2013 aufnehmen sollen. Eine Lösung mit Wohncontainern sei nur "finanziell" möglich, sozialpolitisch aber nicht wünschenswert. Der Standort Bachstraße solle mit ca. 40.000 € aus eingeplanten Mitteln zur Gebäudeunterhaltung 2012 ertüchtigt werden. Der Standort Dieker Straße sei bisher verwaltungsseitig nicht geprüft worden.

Der Vorsitzende fragt, wo die Obdachlosen und Flüchtlinge untergebracht seien, mit wie vielen Flüchtlingen gerechnet werden müsse und wann diese Flüchtlinge untergebracht werden müssten.

Die Verwaltung verweist bezüglich konkreter Zahlen auf die Präsentation der Caritas und erläutert, dass auch aufgrund der Asylfolgeanträge die Zahl schwer einschätzbar sei, verwaltungsseitig aber von einer Flüchtlingszahl von geschätzten 20-30 Personen ausgegangen werde, für die eine kurzfristige Lösung gefunden werden müsse. Der Zeitpunkt für die Notmaßnahme könne nicht konkretisiert werden.

Die CDU-Fraktion stellt den Standort Bachstraße in Frage und erklärt, sie sehe den Standort Dieker Straße als geeigneter an, da hier keine Kindertageseinrichtung in direkter Nachbarschaft sei und längerfristige Prozesse möglich seien. Sie würde daher beantragen, zum Haupt- und Finanzausschuss und Rat die Standorte Dieker Straße und Bachstraße hinsichtlich ihrer Kostenstruktur und der Gebäudezustände durch die Verwaltung vergleichend überprüfen lassen zu wollen. Die CDU-Fraktion hob außerdem die Notwendigkeit der Beteiligung und Information der Anwohner zu den Planungen hervor.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass bei einer möglichen Lösung an der Dieker Straße die Auswirkungen auf den Betrieb der VHS überprüft werden müssten.

Im Anschluss halten die Vertreter der Caritas die Präsentation "Betreuungsmanagement -

Entwicklung / Vernetzung" (ein Ausdruck der Präsentation wurde dazu ausgeteilt, an die Ratsmitglieder verteilt bzw. wird der Niederschrift beigefügt).

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion an die Vertreter der Caritas, ob es belastbares Zah-

lenmaterial zur Wohnungsknappheit für Obdachlose gäbe, verneinen diese die Frage und erläutern, ihre Einschätzung basiere auf Beobachtungen des lokalen Wohnungsmarktes. Die Verwaltung bestätigt, dass es selbst verwaltungsseitig derzeit problematisch sei, Wohnraum für den thematisierten Personenkreis anzumieten. Auf Nachfrage des Vorsitzenden an die Vertreter der Caritas, ob der Obdachlosenanteil bezogen auf die Gesamtbevölkerung üblich sei, erläutern diese, dass es sich bei der genannten Zahl lediglich um in Notunterkünften untergebrachten Personen handelt und die Dunkelziffer sehr viel höher einzuschätzen ist.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion, warum in der Präsentation die Menschen nach Herkunftsländern aufgelistet seien, erläutert die Verwaltung, dies sei ein verwaltungsseitiger Wunsch gewesen, um die strukturelle Zusammensetzung der Flüchtlinge herauszufiltern und weist in diesem Zusammenhang nochmals auf die schwer einzuschätzende Zahl der Asylfolgeanträge hin.

Auf Nachfrage der GAL-Fraktion an die Vertreter der Caritas, ob die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter den Flüchtlingen eingeschätzt werden könne, erklären diese, dass die Zahl gestiegen sei und derzeit von einem Stand von 20-25 Kindern ausgegangen werde, die laut weiteren Ausführungen der Verwaltung vom Bezirkssozialdienst auch soweit wie möglich begleitet würden.

Im Anschluss berichten die Vertreter der Polizei über ihre generellen Erfahrungen sowie auch über den Standort Deller Straße.

Die Vertreter der Polizei berichten, dass es in den Häusern Deller Straße 90 und 90a in den letzten 12 Monaten nur 18 Einsätze gegeben habe, was nach ihrer Einschätzung eine ganz normale Einsatzbelastung sei, wie sie auch an jeder anderen Örtlichkeit in Haan zu finden sei. Von den 18 Einsätzen seien 12 hausintern ausgelöst worden, 1 Einsatz sei eine Zwangseinweisung gewesen und 5 Einsätze seien auf den Anruf eines Nachbarn zurückzuführen. Die Polizei fasst daher zusammen, dass hier von keiner gefährdenden Außenwirkung gesprochen werden könne, da es sich primär um Ruhestörungen, Belästigungen, Streit und Hilfeersuchen handelte.

Weiterhin berichten die Vertreter der Polizei, dass die Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Caritas und der Stadtverwaltung kooperativ und kommunikativ vorbildlich funktioniere. Den Ausführungen des Antrags könne nicht gefolgt werden.

Nachdem im Anschluss der Vorsitzende den Antrag der CDU-Fraktion zur Überprüfung des Standorts Dieker Straße wiederholt, wird kontrovers über das Für und Wider diskutiert.

SPD- und GAL-Fraktion plädieren dafür, den Standort Bachstraße als Notmaßnahme umgehend zu ertüchtigen und weisen auf den begrenzten zeitlichen Rahmen für eine Lösung hin.

Die CDU-Fraktion hingegen legt Wert darauf, neben allen anderen Faktoren die Wirtschaftlichkeit des Standorts Bachstraße im Vergleich zum Standort Dieker Straße überprüfen zu lassen. Der Standort Dieker Straße sei zudem ggf. eine potenziell längerfristige Lösung. Es wird ergänzend vorgeschlagen, bereits "jetzt" die an beiden Standorten verwendbare Sachausstattung, u.a. Kücheneinrichtung und Duschkabinen, anzuschaffen, um dann unmittelbar im Dezember mit der handwerklichen Umsetzung starten zu können.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung verliert die SPD-Fraktion den Antrag "Die SPD beantragt, die Schule Bachstraße für die Aufnahme von Flüchtlingen entspre-

chend der Vorlage zu ertüchtigen und dafür Sorge zu tragen, dass keine weiteren zeitlichen Verzögerungen entstehen."

Es wird zunächst über den weitergehenden Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Haupt- und Finanzausschuss am 04.12.2012 den Standort "Dieker Straße" (ehemaliges Musikschulgebäude) als Sofortmaßnahme für die Unterbringung von Flüchtlingen als Alternative zum Standort "Bachstraße" hinsichtlich der Kostenstruktur und der aufgrund des Gebäudezustands erforderlichen baulichen Maßnahmen vergleichend zu überprüfen. Die für eine Unterbringung an beiden Standorten erforderliche Sachausstattung (Küche, Duschkabinen etc.) ist umgehend zu beschaffen.

Vorstehende Überprüfung solle für die Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 03.12.2012 von der Verwaltung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja- und 7 Nein-Stimmen

2.2. Gesamtunterbringungskonzept städtische Unterkünfte in Haan - Antrag / von Frau Stv. Lukat vom 19.08.2012 Vorlage: 51/090/2012/1

Protokoll:

Die CDU-Fraktion bezieht sich in ihrer Ausführung auf die Einschätzung der Polizei aus den vorangegangenen Beratungen zu TOP 2.1 und stellt dar, dass alle Daten und Fakten - auch aufgrund der Ausführungen der Caritas - bekannt seien und erachtet ein Konzept daher als nicht erforderlich. Die CDU-Fraktion könne dem Antrag daher nicht folgen.

Der Vorsitzende verweist auf den Ratsbeschluss von 2006, in dem ein ähnliches Konzept bereits beschlossen wurde und sehe keine Erfordernis für eine neues Konzept.

Die GAL-Fraktion führt aus, sie unterstütze die Idee eines Gesamtunterbringungskonzepts, könne aber der Einschätzung der Antragstellerin zur Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung - und damit dem Antrag insgesamt - nicht zustimmen.

Der Vorsitzende, **Stv. Stracke**, fordert die Verwaltung auf, die Außenerscheinung und das Wohnumfeld an der Notunterkunft „Heidfeld“ durch entsprechende Bepflanzung zu attraktivieren. Er verweist dabei auf frühere Aufforderungen durch diesen Ausschuss an die Verwaltung, denen nicht nachgekommen worden sei.

Beschluss:

Die Verwaltung hat ein Gesamtunterbringungskonzept zu den städtischen Unterkünften in Haan bis zum 31.10.2012 vorzulegen.

Dieses Konzept soll unter anderem die geeigneten Maßnahmen listen, welche die Stadt Haan nutzen wird, wenn durch städtische Unterkünfte oder dort untergebrachte Personen Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bestehen.

Abstimmungsergebnis:

12 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

3./ Runder Tisch "Integration / Migration" - Reflektion der Veranstaltung am 23.08.2012 - Weiteres Vorgehen

Protokoll:

Die Verwaltung berichtet von der Veranstaltung "Runder Tisch Integration / Migration" am 23.08.2012 in der Aula des Gymnasiums und stellt fest, dass die wesentliche Zielgruppe - Menschen mit Migrationshintergrund - nur in geringer Zahl hätte erreicht werden können. Für den nun erneut geplanten zweiten runden Tisch mit Termin am 26.01.2013 von 10-14 Uhr sei es erforderlich, das Konzept zu überarbeiten, um Ausländer und Personenkreise mit Migrationshintergrund einzubinden. Dazu sei u.a. die Workshop-Methode des "World Cafe" gewählt worden, die Vertreter der Caritas und der Vorsitzende anschließend ergänzend erläutern.

Die CDU-Fraktion fragt, welches Ziel das Projekt verfolge.

Die Vertreter der Caritas sowie der Vorsitzende führen dazu aus, das Thema Integration sei unter Berücksichtigung des Rahmenkonzepts der Kreisverwaltung Mettmann zur Ergänzung der Integrationsarbeit der kreisangehörigen Städte auch in Haan zu vertiefen.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Einführungsveranstaltung, bedauere ebenfalls das Nichterreichen der Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund und gibt zu bedenken, ob es nicht sinnvoller sei, kleinere Projekte zu fördern, wie sie beispielsweise ein Wohnungsanbieter in Haan Ost durchführe.

Die Verwaltung betont, beim zweiten runden Tisch müsse die Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund erreicht und der Rücklauf hierzu abgewartet werden, ehe die Veranstaltung in Einzelheiten festgelegt werde.

Der Vorsitzende und die GAL-Fraktion geben zu bedenken, dass der Integrationsprozess langwierig sein könne, die entsprechende Geduld aufgebracht und ggf. das Konzept reflektiert werden müsse.

Die CDU-Fraktion stimmt dem zu und regt an, die Methode und den Arbeitskreis zu überdenken.

Der Vorsitzende führt dazu aus, der Veranstaltungstag sei dazu beispielsweise bereits auf einen Samstag gelegt.

Die Vertreter der Caritas betonen die Bedeutung der zugehenden Arbeit und bitten die Mitglieder des Sozialausschusses, potenzielle Schlüsselpersonen als Multiplikatoren für den runden Tisch der Verwaltung anzureichen.

**4./ Rücknahme der 10%igen Kürzung bei freiwilligen Leistungen aus dem "Sozialetat" der Stadt Haan für das Haushaltsjahr 2013 - Antrag des Senior(inn)enbeirates vom 30.10.2012
Vorlage: 51/096/2012**

Protokoll:

Die CDU-Fraktion erklärt, sie halte den Antrag für nachvollziehbar, aber nicht zustimmungsfähig. Der Antrag solle allenfalls zu den Haushaltsplanberatungen erneut gestellt werden.

Die SPD-Fraktion verdeutlicht, sie bedauere die Kürzung der freiwilligen Leistungen und fordert vom Sozialausschuss ein klares Votum für den Antrag.

Die Verwaltung weist auf die Genehmigung des Haushalts 2012 hin (fortgeschriebenes Haushaltssicherungskonzept). Der Antrag müsse in die Haushaltsplanberatungen 2013 eingebracht werden.

Der Seniorenbeirat wirft ein, die finanziellen Auswirkungen der Kürzung seien - vor allem vor dem Hintergrund des Gesamtetats - gering, die Auswirkungen jedoch umso größer und wünschte sich eine Debatte und eine Unterstützung des Antrags vom Sozialausschuss.

Die GAL-Fraktion erläutert, sie wolle den Antrag unterstützen.

Der Vorsitzende weist ebenfalls auf die aus der getroffenen Regelung entstandenen Schwierigkeiten hin und bittet den Sozialausschuss, dem Antrag zu folgen und an den Rat zu verweisen.

Beschluss:

Dem Antrag des Seniorenbeirates aus seiner Sitzung am 30.10.2012 auf Rücknahme der 10 %igen Kürzung bei freiwilligen Leistungen aus dem „Sozialetat“ der Stadt Haan (Produkt 050110 „Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege“) für das Haushaltsjahr 2013 wird **nicht** gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja- und 5 Nein-Stimmen

**5./ Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes - Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produkt 050200 "Hilfen nach AsylbLG"
Vorlage: 51/098/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt nach § 83 Abs. 2 GO NRW der Leistung der überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 050200 „Hilfen nach AsylbLG“ bei der Aufwandsart „Transferaufwendungen“ in Höhe von 60.000 Euro zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6./ Anfragen

7./ Mitteilungen

Protokoll:

Der Caritasverband für den Kreis Mettmann e.V. lädt die Anwesenden zur Podiumsdiskussion "Macht Armut krank?" zum Caritas-Jahresthema "Armut macht krank - jeder verdient Gesundheit" am Mittwoch, den 21.11.2012 um 15:30 Uhr im Kaplan-Flintrop-Haus in Mettmann ein.

Anschließend weist der Verband auf das Caritas-Theaterprojekt "What's Life" von und mit Flüchtlingen aus dem Kreis Mettmann hin und stellt DVD's des Projekts zur Verfügung.